

Beschluss des Landrates vom 14.06.2018

Nr. 2132

29. «Sozial gestalten»: Soziale Raumpolitik 2018/507

Der Regierungsrat lehnt das Postulat ab, sagt **Elisabeth Augstburger** (EVP). Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Pia Fankhauser (SP) erläutert kurz ihr Postulat, um allen Missverständnissen oder Fehlinterpretationen, die mit dem Titel («sozial») und ihrem Namen verknüpft sein könnten, zuvorzukommen. Der Regierungsrat wird als Gremium aufgefordert, eine Strategie zur gesellschaftlichen Raumpolitik zu entwickeln. Insbesondere geht es darum, dass verschiedene Bevölkerungsschichten – alte Leute, Kinder, berufstätige Menschen – auch verschiedene Bedürfnisse haben. In manchen Oberbaselbieter Gemeinden bestehen bereits solche Projekte, weil die Gemeinden begriffen haben, dass es allein mit Buslinien und Strassenbauen nicht getan ist. Es ist die Aufgabe der Regierung, sich darüber entsprechende Gedanken zu machen. Es betrifft nicht nur die BUD und damit Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro, sondern auch die Regierungsräte Thomas Weber und Monica Gschwind (letztere mit Behinderten- und Betagtentransporten). Kurze Wege machen immer und überall die Dinge effizienter.

Kinder brauchen vor allem Bewegungsmöglichkeit und sichere Wege. Eine aktive Bevölkerung braucht kurze, schnelle und sichere Wege. Das heisst einen funktionierenden Taktfahrplan, Strassen, die nicht verstopft sind. Alte Menschen, die nicht mehr Auto fahren, sind wiederum darauf angewiesen, dass sie Betreuung und Pflege in der Nähe haben.

Ein linker Gedanke: Man stelle sich vor, der Kanton BL sei eine mittelgrosse Stadt, mit ca. 300'000 Einwohnern. Es gäbe verschiedene Quartiere, die man entwickeln würde. Der Regierungsrat hat das Postulat aber nicht sehr genau gelesen und kommt nun mit irgendwelchen Regelungen. Wohnen und Bausparvorlage werden erwähnt; das hat überhaupt nichts damit zu tun. Immerhin, die Handelskammer hat zwar das Postulat auch nicht gelesen, hingegen die Antwort des Regierungsrates, und stellt sich dahinter.

Es geht hier überhaupt nicht um gesetzliche Regelungen. Vielmehr geht es um die Frage, wie die gesellschaftlichen Beziehungen in einem Kanton geregelt werden können, der immer mehr überaltert. Gewünscht und gefordert wird mit dem Postulat eine Strategie oder Auslegeordnung. Zuvor ging es um eine Auslegeordnung betreffend Deponien, hier ist es dasselbe in Bezug auf eine Strategie zur Raumpolitik.

Beatrix Bürgin (SVP) meint, es gebe verschiedene Gesetze für die Umsetzung des Postulats zur sozialen Raumpolitik von Pia Fankhauser. Der kantonale Richtplan hat den Fokus der Raumplanung auf gute Siedlungs- und Wohnqualität gerichtet. Die Vorgaben im eidgenössischen Raumplanungsgesetz (Artikel 8a) besagen, dass Siedlung und Verkehr so abzustimmen sind, dass eine hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen entsteht, d.h. z.B. erschwinglich verfügbaren Wohnraum für alle, kurzer Weg für die Grundversorgung und weniger Lärm. Die Gemeinden sind heute schon in der Pflicht, in der Nutzungsplanung diese Regelungen einzuhalten. Aufgrund der bestehenden gesetzlichen Grundlagen in der Kantonsverfassung, im Raumplanungs- und Baugesetz und im kantonalen Richtplan sieht die SVP-Fraktion keine zusätzlichen Regelungen als notwendig an. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Lotti Stokar (Grüne) gibt Pia Fankhauser Recht. Der Regierungsrat antwortet nur auf einen kleinen Teil des Postulates, nämlich auf den Teil des Wohnens. Natürlich sind die hehren Grundsätze

im Richtplan festgesetzt. Aber diese Flugebene ist zu hoch. Für eine tatsächliche Umsetzung braucht es notwendigerweise eine Strategie mit Massnahmen. Und es gibt tatsächlich Kantone, die wesentlich weiter gehen als BL. Wenn man nun einfach darauf vertraut, was im Richtplan betreffend Schaffung und Unterhalt von Freiräumen steht, so hat man diese im Endeffekt doch nicht. Die Regierung soll eine Strategie – ohne Detailregelungen – aufzeigen und dabei auch die Möglichkeiten in Kantonen auf der einen oder anderen Seite des Kantons BL berücksichtigen. Die Grünen werden die Überweisung des Postulates mehrheitlich, mit einer Stimmenthaltung, unterstützen.

Jürg Vogt (FDP) ist der Ansicht, die Strategie habe man bereits. Der Markt ist realistischer. Die FDP-Fraktion wird das Postulat nicht unterstützen.

Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro** (FDP) erklärt, die Auslegeordnung sei schon lange gemacht worden, und man sei zum Schluss gekommen, dass die notwendigen Instrumente oder Bestimmungen von Seiten Kanton vorhanden sind, auf Verfassungs- und Gesetzesstufe. Die Umsetzung muss in den Gemeinden erfolgen. Es ist nicht Aufgabe des Kantons, sondern liegt nun an den Gemeinden. Wohnungsplanung in den Quartieren oder Gemeinden ist Sache der Gemeinden und muss in der Nutzungsplanung umgesetzt werden.

Es geht eben nicht um Wohnen und Siedlung, so **Pia Fankhauser** (SP), sondern insbesondere um die Vernetzung, die Wege, die gesundheitliche Versorgung etc. der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Australische Studien zeigen klar die Wirkung einer anderen Raumpolitik auf; wie sich Menschen anders bewegen, wenn es möglich ist, ohne Verkehr. Man könnte nun isolierte Konzepte für Velos, Autos, Busse etc. machen oder sich überlegen, was zukünftig sein soll. Wie kann in Zukunft gemeinschaftliches Leben ermöglicht werden, wenn die Bodenfläche einmal aufgebraucht ist?

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) war vor drei Tagen an einer Veranstaltung zum Thema Zukunftsgestaltung in Therwil. Dort wurden genau diese Fragen diskutiert. Er ist überzeugt, dass sie auch in anderen Gemeinden diskutiert werden. Das Thema gehört richtigerweise auf Gemeindeebene. Denn die Gemeinden müssen entscheiden, ob sie blaue oder grüne Parkfelder wollen, wie viele Läden es haben soll etc. Was mit dem Postulat gefordert wird, ist alles schon am Laufen, dafür braucht es keine Überweisung des Vorstosses.

://: Das Postulat wird mit 46:31 Stimmen abgelehnt.

Schluss der Nachmittagssitzung: um 16.24 Uhr
